

SED schafft neuen Klassenstaat

Verschiedene Preisebenen für vier Bevölkerungs-Kategorien

Zu den jüngsten Versprechungen der SED gehört die 30prozentige Steigerung des Realeinkommens bis zum Jahre 1960, dem Abschluß des laufenden Fünfjahresplans. Das hört sich an, als müßten alle Sowjetzonenbewohner zu diesem Zeitpunkt 30 Prozent mehr verdienen, als müßte sich ihr Lebensstandard bis dahin um 30 Prozent heben. Hier scheint es an der Zeit, eine nur wenig bekannte Lohn- und Preispolitik der SED zu beleuchten. Die Politik verschiedener Preisebenen für verschiedene Bevölkerungskategorien — Merkmal des kommunistischen Klassenstaates. Für die SED besteht sie in der Einteilung der gesamten Bevölkerung in vier mehr oder weniger privilegierte Klassen, deren Lebensstandard bei oftmals gar nicht erheblichen Einkommensunterschieden enorm differiert.

Will man diese „Klassen“ umreißen, könnte man sagen: 1. Partei- und Staatsfunktionäre, einige Schichten der Intelligenz, Führungskörper von Wehrmacht und Staatssicherheitsdienst; 2. Technische Intelligenz, Arbeiter in Schwerpunktbetrieben, Brigadiere, Angehörige von Volkspolizei und Armee; 3. Alle in der Industrie und in der kollektivierten Landwirtschaft beschäftigten Spitzenkräfte! 4. übrige Bevölkerung.

Wir haben in der Sowjetzone eine landläufige Klasseneinstufung durch das Kartensystem. Bestimmte privilegierte Schichten sind in der Lage, sich gut und ausreichend auf Karten zu ernähren. Die anderen geben einen erheblichen Teil ihres „Realeinkommens“ für diese Zwecke aus. Zum Lebensstandard aber gehört mehr als der Inhalt eines Küchenschanks. Hier beginnt das Problem des „Direkteinkaufs“.

Alle Parteistellen, Ministerien, Staatsverwaltungen und Schwerpunktbetriebe geben ihren Angehörigen heute die Möglichkeit, gewisse Waren unter Umgehung von Konsum und HO im „Direktbezug“ von den Herstellerfirma bzw. den Staatlichen Handelskontoren zu kaufen. Die im normalen Handel meist gar

nicht erhältlichen Waren werden hier zu 40 bis 60 Prozent des Normalverkaufspreises abgegeben. Mit jeder Begünstigten-Stufe sinkt diese Chance weiter ab. Ein Beispiel: Ein bestimmter Wohnzimmer-Typ der Möbelwerke Hellerau kann für Funktionäre über die entsprechenden Dienststellen von 1300 DM mit Polstergarnitur und Dekoration bezogen werden. Klasse 2 kann dieses Zimmer auf einer Art Prämien-Weg für etwa 1800 DM erwerben. Klasse 3 könnte es eventuell noch über staatliche Verteilungsstellen zum Normalpreis von 3400 DM erwerben. Die Normalbevölkerung aber wird sich vergeblich um den Ankauf dieses an sich gar nicht einmal auffallenden Einrichtungstyps bemühen.

Das Beispiel SSD

Ein weiteres, typisches Beispiel: Die Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes bekamen jahrelang weitaus höhere Gehältern als die gleichrangigen Vertreter anderer Ministerien. Heute sind alle derartigen Gehälter angeglichen, aber: Ein SSD-Beamter mit 1200 DM Gehalt kann sich gut doppelt soviel leisten wie ein Vertreter etwa des Gesundheitsministeriums in der gleichen Gehaltsstufe. Einkaufsmöglichkeiten, die

Zahl der „Direktbezugs-Quellen“ und andere Vergünstigungen bewirken diesen Unterschied.

Erst dieser Tage kam es zu Streitigkeiten in einem Ostberliner Großbetrieb, weil man dort für der SED wichtig genug erscheinende Funktionäre und „Intelligenzler“ eine Sonderverkaufsstelle der HO einrichten wollte. In Ostberlin war dies als erster Versuchsballon gedacht, in der Zone gibt es derartige Privilegien tausendfach und überall. Fachleute schätzen, daß etwa 30 bis 35 Prozent aller verknappten Bedarfsgüter auf diesem Weg vorzeitig verschwinden.

„Dumme kaufen in der HO“

Die einstige Losung: „Der kluge Berliner kauft in der HO!“ wird von den Ostberliner Funktionären ironisch abgewandelt: „Nur der Dumme kauft in der HO!“ Es gibt keine Staatsdienststelle und kein Parteilbüro, das seine privat benötigten Waren im legalen Handel bezieht. Das Realeinkommen der Funktionäre steigert sich dadurch oft um ein Vielfaches gegenüber dem der übrigen Bevölkerung.

Die SED aber wird auch im neuen Planjahrfrüht diese verschleierte vier Preisebenen fördern. Nur so kann sie — nach der Liquidation eines von der Zeit überholten Bezugsschein- und Pajok-Systems — die für sie wichtigen Staatsbürger korrumpieren. Daß diese Korruption zu Lasten des Normalverbrauchers geht, sieht auch der Nichtinformierte allein an der Beibehaltung des Lebensmittelkarten-Systems, das längst aufgehoben werden könnte, würde die SED damit nicht ein Privileg ihrer Funktionäre kassieren,

Der leise Pfad der Diplomatie

Wg. Der Drang der Kommunisten, sich vom Stalinismus zu reinigen, um durch eine größere humane Sauberkeit anziehender zu wirken, nimmt gelegentlich groteske Formen an. Einen besonders hübschen Beitrag zu diesem Bemühen leistete soeben die westdeutsche Kommunistische Partei. Vom Bundesverfassungsgericht in die rechtliche Zange genommen und in ihrer Existenz bedroht, hat sie in dem Verfahren, das zur Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit schwebt, den Antrag gestellt, zur Vorlage neuer Leumundszeugnisse die längst abgeschlossene Beweisaufnahme wieder zu eröffnen. Nicht nur will sie zu ihrer Entlastung die sechsstündige Parteitagrede Chrustschows vor Gericht verlesen lassen, mit der sie ihre „Legalität“ beweisen möchte, sondern sie will auch ihrer 1952 verkündeten Lösung zum „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“ abschwören. Offenbar möchte sie dem Gericht einreden, daß auch dieser Appell zur revolutionären Gewalt das Werk des heute so bösen und damals so weisen Stalin gewesen ist.

Mit oder ohne Gewalt?

Überhaupt will die KPD mit der Anwendung von Gewalt plötzlich nichts mehr zu tun haben. Das eben soll mit der Verlesung der Rede Chrustschows bewiesen werden. Mit der Berufung auf ihn beweist sie aber im Grunde nur, daß sie eine von fremder Macht gelenkte und ihr hörige nichtdeutsche Partei ist. Das von Chrustschow erwartete Leumundszeugnis ihrer Legalität ist deshalb der sicherste Beweis ihrer Illegalität im verfassungsrechtlichen und nationalen Sinne deutscher Staatsbürgerpflicht.

Im übrigen ist die Rede Chrustschows als Beweismittel denkbar ungeeignet. Er hat gewiß gesagt, daß die Formen des Überganges zum Sozialismus immer mannigfaltiger sein würden und daß zu ihnen auch der parlamentarische Weg gehöre. Aber er hat auch folgendes ge-

sagt: „Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Verwirklichung dieser Formen unter allen Umständen mit dem Bürgerkrieg verbunden sein wird... Es besteht kein Zweifel, daß der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene krasse Verschärfung des Klassenkampfes für eine Reihe kapitalistischer Länder unvermeidlich sind.“

Das ist doch nach wie vor das Bekenntnis zur Anwendung revolutionärer Gewalt — es sei denn, daß die Durchsetzung des Kommunismus auch ohne Gewalt zu erreichen wäre. Geht das nicht — wie zum Beispiel in der Bundesrepublik, wo die Zahl der Kommunisten nur in kleinsten Prozentsätzen zu erreichen ist —, dann ist eben, wie Chrustschow deutlich sagt, der „gewaltsame Sturz“ dessen, was er die Diktatur der Bourgeoisie nennt, unvermeidlich. Chrustschow beweist also genau das, was die KPD so gern mit seiner Rede widerlegen möchte: nämlich, daß sie gegenüber der bestehenden Ordnung eine illegale Partei ist.

Wir überlassen es dem Bundesverfassungsgericht, welche Folgerungen es aus dem wunderbar verklausulierten Bekenntnis Chrustschows zu ziehen gedenkt. Das ist ohnehin nur ein kleines Satyrspiel am Rande des großen Geschehens. Angesichts der totalen Bedeutungslosigkeit der KPD können wir uns erlauben, es schmunzelnd zu registrieren. Mit oder ohne Gewalt: der Kommunismus wird, wie immer er sich unter uns gebärden mag, seine Ziele in Deutschland nicht erreichen.

Hier beginnt die Gefahr

Wir haben andere Sorgen, und sie werden wach, wenn wir das Bild betrachten, das der Westen heute bietet. Aus dem unvermeidlichen Prozeß der Ablösung der alten Kolonialpolitik, in dem vor allem Frankreich und noch Großbritannien stehen, sind Schwierigkeiten und Gegensätze erwachsen, die allmählich auch die gemeinsame Politik des Westens gegenüber dem Weltkommunismus belasten. Das Interview Mollets war nach einer Reihe anderer Vorgänge der bisher schroffste

Ausdruck einer französischen Verärgerung gegenüber den USA. Diese wurzelt weniger in Meinungsverschiedenheiten über die westliche Politik gegenüber Moskau, die gewiß vorhanden sind, als in der amerikanischen Zurückhaltung gegenüber dem französischen Engagement in dem antikolonialen Nationalitätenkampf in Nordafrika. Neben dieser Verärgerung ist es die dort trotz mächtiger Anstrengungen sichtbar gewordene französische Schwäche, die Paris dazu drängt, auf den Feldern der internationalen Spannung billigere Wege einer Verständigung zu suchen.

Hier beginnt zugleich die Gefahr für Deutschland. Sie liegt darin, daß eine Verständigung auf seine Kosten geschehen könnte. Daß das nicht geschehen darf, das ist ein Kardinalpunkt der deutschen Politik, an dem sich anderenfalls ihre Wege neu klären und entscheiden müßten. Wir wünschen nicht weniger als irgendein anderes Volk eine echte Abrüstung und ein wirksames System kollektiver Sicherheit; aber wir fordern auch, daß in den Preis, den alle Mächte — also auch Moskau — für diesen außerordentlichen Akt einer internationalen Friedenspolitik zu zahlen haben, die Wiedervereinigung Deutschlands eingeschlossen ist. Dieser deutsche Standpunkt, zu dem sich mit den übrigen Westmächten auch Frankreich bekannt hat, bedeutet keineswegs, daß die Wiedervereinigung einer Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage unbedingt vorangehen muß, obwohl es einen besseren Beginn kaum geben könnte. Er bedeutet vielmehr, daß diese drei Probleme zusammengehören. Er bedeutet ferner, daß im Falle eines Scheiterns der Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen das Problem der Wiedervereinigung als eine selbständige Aufgabe der deutschen und internationalen Politik bestehen bleibt. Aus dem unbestreitbaren Recht des deutschen Volkes muß es dann auch eine selbständige Lösung finden. In dieser Betrachtungsweise wird am besten das sichtbar, was wir den Vorrang des deutschen Problems nennen. Er liegt darin, daß die Wiedervereinigung

(Fortsetzung Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Trauerläut in Magdeburg

Ulrichs-Kirche wurde dem Erdboden gleichgemacht

Berlin (Eigenmeldung/epd). Die Ulrichs-Kirche in Magdeburg ist, wie erst jetzt bekannt wurde, trotz aller Einsprüche von seiten der Evangelischen Kirche auf Anordnung der sowjetischen Behörden bereits am 5. April gesprengt worden. Von dem großen Bauwerk mit seinen beiden hochragenden Türmen, das im Kriege beschädigt worden war, ist nur noch ein riesiger Trümmerhaufen übriggeblieben.

Am Sonntag wurde daraufhin in den evangelischen Kirchen Magdeburgs eine Kanzelabkündigung verlesen, in der sich die Kirchenleitung noch einmal entschieden gegen die Behauptung verwahrte, sie habe ihre Zustimmung zu dem Vernichtungswerk gegeben. Weder baukünstlerische noch verkehrstechnische Gründe hätten die Beseitigung der Kirche erforderlich gemacht. In der „ersten sozialistischen Straße Magdeburgs“ werde nun keine Kirche mehr stehen. Als Zeichen der Mahnung und Trauer läuteten nach dem Gottesdienst die Glocken der wenigen vom Kriege verschonten Kirchen Magdeburgs.

Unter der Überschrift „Es wurde präzise Arbeit geleistet“

Soziale Fragen schnell lösen!

Appell des DGB zum 1. Mai

Düsseldorf (AP/DPA). In seinem Aufruf zum 1. Mai appelliert der DGB-Bundesvorstand an die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, sich mit ganzer Kraft für die Verwirklichung des im Vorjahr verkündeten gewerkschaftlichen Aktionsprogramms einzusetzen. Es gehe darum, die menschliche Arbeitskraft zu schützen, die Existenz zu sichern und den Lebensstandard zu verbessern.

Der DGB erhebe auch in diesem Jahr eindringlich seine Stimme für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Die Freiheit und die Selbstbestimmung der Völker dienen dem Frieden, während Unfreiheit und Diktatur die Spannung erhöhten.

Von den öffentlichen und privaten Arbeitgebern erwartet der DGB mehr Verständnis und eine schnellere Bereitschaft zur Lösung der entstehenden sozialen Fragen. Durch Rentenerhöhungen solle den Alten gegeben

werden, worauf sie nach einem anstrengenden Leben Anspruch hätten. In dem Aufruf, der vom DGB-Vorsitzenden Freitag unterzeichnet ist, wird den Gewerkschaftsmitgliedern dafür gedankt, daß sie den „Anschlag auf die Einheit“ der Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahr abgewehrt hätten.

Strafauflösung

Hamburg (AP). Für zwei sowjetische Staatsangehörige, die in ihre Heimat repatriert werden wollen, und die zur Zeit wegen eines Mordes eine lebenslängliche Zuchthausstrafe verbüßen, hat der Senat der Hansestadt Hamburg Strafauflösung gewährt. Sie werden voraussichtlich mit den ersten der 31 Sowjetbürger, die der sowjetischen Botschaft in Bonn als heimkehrwillig gemeldet wurden, in die Sowjetunion entlassen.

Neuer Betriebsrat ohne Kommunisten

Bremen (AP). Die rund 5000-köpfige Belegschaft der Bremer Lloyd-Motorenwerke hat den neuen Betriebsrat gewählt, in dem Kommunisten künftig nicht mehr vertreten sein werden. Für die Wahl waren fünf Arbeiterlisten und eine gemeinsam von der IG Metall und der DAG aufgestellte Angestelltenliste eingereicht worden. In dem bisherigen Betriebsrat waren die Kommunisten durch ein Mitglied vertreten.

Verbot der Getarnten

Hannover (AP/DPA). Der „Westdeutsche Arbeitsausschuß der Nationalen Front“, die „Sozialistische Aktion“ und das „Westdeutsche Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“ sind vom niedersächsischen Innenminister als kommunistische Tarnorganisationen aufgelöst worden. Bereits am

15. März war in Niedersachsen die „Gesellschaft für die deutsch-sowjetische Freundschaft“ verboten worden.

Weniger Arbeitslose

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im März um 15 862 auf 139 366 verringert. Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß infolge der Wetterbesserung mit den Bauarbeiten, vor allem mit den Außenarbeiten einschließlich der Notstandsarbeiten verstärkt begonnen werden konnte.

Glockengeläut für Arbeiter

Kassel (DPA). Erstmals in der Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland sollen zum 1. Mai alle Glocken im Bereich der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck läuten.

Nicht auf Kosten Deutschlands!

Antwort an Mollet — Wiedervereinigung vor Abrüstung

Bonn (AP/DPA). In einer amtlichen Erklärung hat sich die Bundesregierung scharf gegen die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten Mollet gewandt, daß eine allgemeine Abrüstung der Wiedervereinigung Deutschlands vorangehen müsse. In einer vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Stellungnahme zu dem kürzlichen Interview Mollets in der amerikanischen Zeitschrift „US News and World Report“ wird versichert, die Bundesregierung werde keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie die von Mollet vertretene Auffassung nicht teilt.

„Keine deutsche Regierung wird bereit sein, Vorschläge ernsthaft zu diskutieren, die die Entspannung auf der Grundlage auch nur vorübergehender Anerkennung oder stillschweigender Hinnahme der Teilung Deutschlands bewirken wollen“, heißt es in der Stellungnahme weiter.

Wenn der französische Regierungschef die von den drei westlichen Regierungen in Genf gemeinsam verfolgte Politik als falsch bezeichne und die Auffassung äußere, daß die Abrüstung der Lösung der Wiedervereinigungs- und der Sicherheitsfrage vorangehen müsse, so scheine er damit eine gewisse Bereitschaft anzudeuten, die von der Sowjetunion geforderte andere Reihenfolge zu

akzeptieren. „Die Bundesregierung wird keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie diese Auffassung nicht teilt.“ Die Bundesregierung glaube dagegen, daß eine Abrüstungsvereinbarung nur sinnvoll sein und wirksam werden könne, wenn diejenigen Tatsachen beseitigt sind, die die Spannung auch verursacht haben.

Verdächtigungen müssen aufhören

Bischof Dr. Beste weist Vorwürfe Pankows zurück

Berlin (DPA). Der mecklenburgische Landesbischof D. Dr. Beste hat den von der Sowjetzonenregierung wiederholt erhobenen Vorwurf, die evangelische Kirche lasse sich „für die friedensfeindliche Pläne der aggressiven NATO-Politiker miß-

brauchen“, zurückgewiesen. In einem von der „Mecklenburgischen Kirchenzeitung“ veröffentlichten Artikel schreibt der Bischof: „Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die evangelische Kirche in Deutschland die ‚NATO-Politik‘ gutheißt oder sich an diese gebunden habe.“ Die Kirche bemühe sich vielmehr, die Brücke in dem getrennten Volke zu sein und trete für die Verständigung zwischen West und Ost ein. Sie erhebe ihre Stimme „mit der Mahnung, daß Verdächtigungen und Beschuldigungen gegeneinander aufhören müssen“.

Dr. Beste unterstreicht die Bereitschaft der evangelischen Kirche zu Verhandlungen mit der Sowjetzonenregierung. Sie ringe aber darum, daß ihr Wort dann, wenn es auf Schäden oder Gefahren aufmerksam macht, gehört wird. Die Kirche wolle in Frieden ungehemmt ihren Dienst tun können. Wenn Mißverständnisse oder Gegensätze aufträten, sollte von den Verantwortlichen alles getan werden, diese zu überwinden. Der mecklenburgische Landesbischof wendet sich schließlich gegen den Vorwurf, die evangelische Kirche verfolge reaktionäre Tendenzen und sei wissenschaftsfeindlich.

Brentano beim Kanzler

Übereinstimmung in der Frage der Wiedervereinigung

Ascona (AP). Bundesaußenminister von Brentano hat in Ascona, dem Urlaubsort des Bundeskanzlers, mitgeteilt, daß zwischen ihm und Dr. Adenauer „völlige Übereinstimmung“ hinsichtlich der von der Bundesrepublik in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einzuschlagenden Politik bestehe.

Der Außenminister bezog sich mit dieser Erklärung offensichtlich auf Berichte, nach denen er und der Kanzler nicht einig seien über die Haltung, die die Bundesregierung gegenüber der Äußerung des französischen Ministerpräsidenten Mollet einnehmen solle, daß die Abrüstung Vorrang vor der Wiedervereinigung haben müsse. Brentano sprach zu Pressevertretern nach einer letzten, zweistündigen Konferenz mit Adenauer, an der auch Staatssekretär Hallstein teilnahm. Der Außenminister

reiste anschließend nach Bonn ab. Er nannte die Unterredung eine „logische Fortsetzung“ der am Montag mit dem Kanzler geführten Gespräche; neue Probleme seien nicht besprochen worden.

Zur Frage der Wiedervereinigung sagte Brentano, die deutsche Regierung stehe in ständigem Kontakt mit den Regierungen Großbritanniens und der USA hinsichtlich der Entwicklung der Deutschlandfrage. Der Kanzler und er seien überdies bereit, dem Wunsch Mollets und seines Außenministers Pineau nach deutsch-französischen Besprechungen über Mollets Ansichten zur Abrüstung und Wiedervereinigung zu entsprechen.

Der Außenminister teilte abschließend mit, daß der Juni-Besuch Adenauers in den USA im Prinzip festgelegt sei, der genaue Zeitpunkt aber noch bestimmt werden müsse.

So sind sie wirklich:

Geburtsdatum im Geheim-Dossier

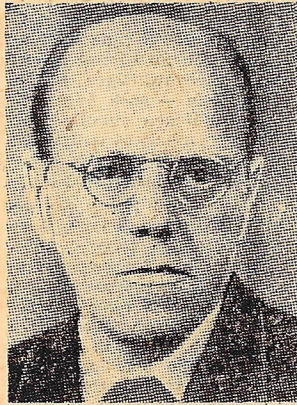
Bevor die Delegierten der letzten SED-Parteikonferenz überhaupt daran denken konnten, bescheidene Kritik an ihrem 1. Sekretär zu üben, legte das Politbüro-Mitglied Schirdewan ein flammendes Bekenntnis zu Ulbricht auf das fahnen-drapierte Podium, daß alle Delegierten diese Warnung nur zu gut verstanden. Denn Karl Schirdewan ist der Kaderchef der SED, Herr über Freiheit und Funktion vieler leitender Ostzonen-Funktionäre. Ihm zu widersprechen, hieße Abschied zu nehmen von den Pfründen der Partei. Aber nur die wenigsten wußten um die tieferen Motive dieser Pro-Ulbricht-Demonstration, ist doch Schirdewan selbst den Mitgliedern der SED ein kaum bekannter Mann.

Eine ungeklärte Vergangenheit begleitet Schirdewans Parteibiographie. Zwei Geburtsdaten gibt es von ihm, das richtige fände man höchstens im Moskauer Geheim-Dossier. Nehmen wir das wahrscheinlichere Datum als gegeben, so ist der SED-Kaderchef heute 50 Jahre alt. Geboren in einem Dorf bei Königsberg, kam er über den Kommunistischen Jugendverband (KJV) Ende 1924 zur KPD. Thälmann beließ ihn als Jugendfunktionär im Bezirk Ostpreußen, wo er bald zum ersten Sekretär des KJVd und Mitglied des Zentralkomitees dieses Verbandes, aufstieg. Verschiedentlich in der Sowjetunion auf „Fortbildungskursen“ und „Delegationsreisen“, wußte Schirdewan die ostpreußischen Jungkommunisten frühzeitig im Geiste des Komsomol zu erziehen. Hieraus rührt auch die auffallende Tatsache, daß sich ein wesentlicher Teil des SED-Führungskerns aus den ehemaligen KJVlern Ostpreußens rekrutiert.

Ein Lagerbibliothekar

Schirdewan kehrt mit Vorliebe eine Art grobschlächtiger Intellektualität heraus. Seine administrativen und konspirativen Fähigkeiten gelten als sprichwörtlich. Er gehört zu den wenigen Kommunisten, die es 1933 verstanden, mit einem ganzen Widerstandsnetz in den Unter-

KARL SCHIRDEWAN



grund zu gehen. Nur einem Zufall verdankte es die Gestapo Königsberg, daß sie Schirdewan 1934 in ihr Netz bekam. Von seinen Leuten bekam sie keinen. Im Gegensatz zu anderen KP-Führern hatte Schirdewan nicht nur an sich selbst gedacht...

Aus dem Zuchthaus kam Schirdewan etwa 1938 nach Sachsenhausen. Hier gelang es ihm, als Lagerbibliothekar ständige Verbindung mit einer in der Schweiz operierenden Gruppe der Sowjetnachrichtendienstes zu unterhalten. Über einen als Kurier tätigen freien Lagerarbeiter informierte Schirdewan die Sowjets über alle Vorgänge in den Nazi-KZ, deren Inassen untereinander damals noch gute Verbindung zu unterhalten vermochten. Ulbricht hat lange gezögert, ob er einen unter Widerstandsleuten so populären Mann in das Zentralkomitee nehmen soll. Die Ereignisse nahmen ihm die Entscheidung ab.

Schirdewan wurde ein Mann der „Westarbeit“. Im Zentralvorstand der VVN baute er die antifaschistischen Kontakte nach dem Westen aus, unter geschickter Nutzung auch antideutscher Ressentiments. 1949 berief ihn Ulbricht von dort in die SED-Westkommission, wo Schirdewan unter dem Regime Franz Dählems den illegalen

Kurierverkehr in die Bundesrepublik leitete. Dahlem war dem ergeizigen Schirdewan nie sehr gewogen, und so schlug er diesen als Nachfolger des 1952 gestürzten sächsischen SED-Chefs Lohagen vor. Doch schon ein Dreivierteljahr später kehrte sich das Blatt. Dahlem wurde durch den Prager Slansky-Prozeß (der inzwischen für null und nichtig erklärt wurde) schwer belastet, und Ulbricht selbst holte Schirdewan nach Ostberlin in das Sekretariat des Zentralkomitees. Nach einer flammenden und tendenziösen Rede auf der 1953er April-Konferenz der SED wurde Schirdewan fast von selbst Nachfolger des einen Monat später gestürzten Kaderchefs und Leiters der Westkommission, Franz Dählem.

Dunkelmann des Politbüros

Schirdewan gehört heute zu den mächtigsten Männern der SED. Alte Kommunisten titulieren ihn gern als den „Dunkelmann des Politbüros“. Ihm gehört er seit der 15. ZK-Tagung unmittelbar nach dem Juni-Aufstand an. Über das Sekretariat Schirdewan laufen die internsten Vorgänge im Funktionärskörper der Partei. Die Abteilung „Leitende Organe“ gibt ihm die Macht, jeden SED-Funktionär ohne wesentliche Diskussion seines Amtes zu entheben. Nur eines ist ihm klar: Ulbricht hat Schirdewan in diese Machtposition gebracht, und der im Hintergrund wieder aufkommende Dahlem ist sein Feind geworden. So sind Schirdewans Aufstieg und möglicher Sturz an die Person des 1. SED-Sekretärs gekettet. Dessen Sturz würde den seinigen zur Folge haben. Was war so erklärlicher als die vielbeachtete Rede Schirdewans vor den Delegierten der Parteikonferenz, die — eben weil sie zu stark persönlich gefärbt war — sogar von dem SED-Zentralorgan zensiert werden mußte? Nicht wenige sagen heute: „Schirdewan gehört zu den drei langlebigsten Leuten eines Ulbricht-Politbüros...“

Die Jugend ist müde

FDJ auf der Suche nach neuen Methoden

Die Mitgliedschaft in der SED ist heute mehr oder weniger eine Frage des gesellschaftlichen Fortkommens geworden. Diese Frage mag auch entscheidend sein bei der Annahme eines Mitgliedsbuches der kommunistischen FDJ. Aber hier, bei den jüngeren Menschen, sind eigene Interessen, ein gewisses Selbstvertrauen bei der Berufswahl und die zunehmende Fähigkeit zur Kritik doch noch stärker ausgeprägt. So kommt es zu der bemerkenswerten Passivität in der gegenwärtigen FDJ-Arbeit. Von 1,7 Millionen Mitgliedern nehmen — nach Angaben des FDJ-Zentralrates — nur etwa 0,8 Millionen ständig am Verbandsleben teil. Im Frühjahr 1956 ist es erstmals so weit, daß die FDJ nicht mehr genügend Funktionäre für den 1,3 Millionen starken Kinderverband „Junge Pioniere“ abstellen kann.

Nicht ohne Grund hat die Berliner FDJ ihr sogenanntes „Jugendforum“ zu einer ständigen Einrichtung gemacht und ein besonderes „Büro des Jugendforums“ eingerichtet. Hier versucht die SED mit Hilfe erfahrener Kommunisten wie Gerhart Eisler und Dr. Girnus die Ursachen für das Desinteresse der Jugend an der Politarbeit zu testen. Zugleich aber will die SED auch die wunden Punkte ihrer Agitation unter den jungen Menschen erkennen. So ist es kein demokratisches Zugeständnis, wenn sich Jungen und Mädchen hier mitunter recht offen über Stalin, kommunistische Wirtschaftsmethoden oder Mißstände im Staatswesen unterhalten dürfen. Jede kritische Bemerkung, die auf einem „Jugendforum“ gefallen ist, wird durch die unmittelbar der SED-Bezirksleitung unterstehenden Forum-Funktionäre direkt der Agitationsabteilung des Zentralkomitees zugeleitet. Für den Fragesteller interessieren sich die eifrig mitstenographierenden Funktionäre nur, wenn er eine „offenkundig „feindliche Einstellung“ zeigt.

Leere Jugendklubs

Ein Kriterium für die Teilnahmelosigkeit der Jugend gegenüber dem „frohen Jugendleben“ der FDJ sind die 36 Ostberliner Jugendklubs. Während die wenigen und zum Teil recht dürftig eingerichteten Jugendheime nach 1945 beachtlichen Zustrom aufwiesen, stehen die wesentlich attraktiveren FDJ-Heime heute leer. Und dies, obwohl sich die FDJ seit mehr als einem halben Jahr bemüht, ihre politischen Pläne mit diesen „Jugendklubs“ hinter einem aufgelockerten Veranstaltungs-

Gefahrensignal Nr. 1 für die SED ist jedoch die mangelnde Bereitschaft der FDJler, nach Erreichung der Altersgrenze in die Partei überzuwechseln. Rund 40 Prozent aller aktiven FDJ-Mitglieder wissen noch immer den Übertritt in die SED durch vielfache Begründung zu verhindern, ganz abgesehen von der großen Zahl inaktiver FDJler, die für alle derartigen Überlegungen immun geworden sind. Der Erfolg zeigt sich in der Überalterung der mittleren Funktionärsschicht der SED. Der „ewige Jugendfunktionär“ in eisgrauem Bart und kurzer FDJ-Hose ist für die Partei mehr als nur eine Witzblattfigur.

Pionierleiter gesucht

Gegenwärtig steht die FDJ vor der Aufgabe, zwangsweise „Pionierleiter“ für ihre Kinderorganisation zu rekrutieren. Während der Pionierverband unter den Druckmaßnahmen der Schulleitungen zunehmend wächst, ist die FDJ nicht mehr

in der Lage, die erforderliche Zahl anleitender Jugendfunktionäre abzustellen. Viele Pionierleiter haben heute fünf und sechs verschiedene, örtlich auseinandergezogene Gruppen zu betreuen.

Eine erhebliche Abschreckung für die aktive FDJ-Arbeit bedeutet auch die vormilitärische Ausbildung durch die mit der FDJ gekoppelte GST und der jetzt obligatorisch werdende „Kampfsport“ an den Schulen. Ging es 1955 noch um die Gefahr, durch die Mitgliedschaft in der FDJ eines Tages ungewollt eine KVP-Kaserne beziehen zu müssen, so wollen sich die Jugendlichen heute einfach nicht mehr die wenige ihnen im Ostzonen-Staat noch verbleibende Freizeit rauben lassen. Die Rekrutierung droht ihnen nach Legalisierung der „Volksarmee“ ohnehin. Aber bis zum Eintritt in die Kaserne möchten sie eigentlich noch etwas von ihrer Jugend haben.

So steht die FDJ heute vor der Situation, bei einer Mammutzahl von nominell 1,7 Millionen Mitgliedern nicht einmal über genügend Kader für die dringendste politische Arbeit zu verfügen. Obwohl sie nahezu eine Million inaktiver oder überhaupt nicht mehr organisatorisch erfassbarer Mitglieder mit sich herumschleppen muß, ist sie gezwungen, ständig neue Mitglieder anzuwerben, um der Partei frisches Blut zuzuführen. Ungeachtet dessen, daß dieses „frische Blut“ dann bereits mit allen Bazillen politischer Überdrüssigkeit behaftet ist.

„DDR“ muß Farbe bekennen

Dortmund (DPA). Der Präses der Evangelischen Landeskirche von Westfalen, D. Wilm, sagte vor 250 Geistlichen, der Rat der EKD werde den Regierenden in der Zone sehr bald die entscheidende Frage vorlegen müssen, ob sie die evangelische Kirche für ganz Deutschland bestehen lassen oder auseinanderreißen will. „Die DDR muß Farbe bekennen.“

Niemöller in Potsdam

Berlin (AP). Kirchenpräsident D. Niemöller hat in einer Pre-

digt in der Potsdamer Erlöserkirche den Staat aufgefordert, „seine Grenzen nicht zu überschreiten, die Gewissen nicht lahmzulegen und von den Menschen keine Glaubensbekenntnisse zu verlangen“. Er habe damit nach einem Bericht von kirchlicher Seite nicht nur die Sorge der Kirche gegen die sowjetzonalen kommunistische Jugendweihen zum Ausdruck gebracht, sondern sich auf die allgemeine Entwicklung in Ost und West bezogen.

Freiburg von Deutschen bombardiert?

Die Stadt wurde mit Dijon verwechselt

Stuttgart (DPA). Der Luftangriff auf Freiburg am 10. Mai 1940, bei dem 57 Menschen, darunter 22 Kinder, ums Leben kamen, soll nicht von feindlichen Flugzeugen, sondern versehentlich von deutschen Maschinen ausgeführt worden sein. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Zeitgeschichte in München, das am 4. Oktober 1954 vom baden-württembergischen Staatsministerium gebeten worden war, die Verantwortung für den Luftangriff zu klären.

Das Untersuchungsergebnis, das sich auf Zeugenaussagen und auf Originaldokumente stützt, wurde in der neuesten Ausgabe der „Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte“ veröffentlicht.

Nach den Untersuchungen des Instituts handele es sich bei dem Luftangriff auf Freiburg einwandfrei um einen Fehl- abwurf deutscher Flugzeuge. Eine Gruppe eines in Landsberg stationierten Kampfeschwaders solle den Befehl erhalten haben, den Flugplatz in Dijon zu bombardieren. Die Gruppe habe bei schlechter Wetterlage die Orientierung verloren und Freiburg für das Angriffsziel gehalten. Es seien 69 Bomben abgeworfen

worden, von denen 24 Blindgänger waren. Die Propaganda habe den Bombenabwurf als einen Feindangriff dargestellt, der vergolten werden müsse.

Als Göring von dem Angriff Kenntnis erhielt, soll er gesagt haben: „Dieser Feldzug fängt ja gut an. Die Luftwaffe und ich haben sich schwer blamiert. Wie kann man dies vor dem deutschen Volk verantworten?“ Ein kriegsgerichtliches Verfahren sei eröffnet, jedoch später wieder eingestellt worden. Gleichzeitig sei befohlen worden, strengstes Stillschweigen in der Angelegenheit zu wahren. Dem beauftragten Chefrichter habe man mitgeteilt, daß die

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Propagandamaschine auf vollen Touren laufe und Hitler aus Gründen der Staatsräson nicht mehr dementieren könne, weil sonst das Ansehen Deutschlands und der deutschen Luftwaffe auf dem Spiele stehe.

Der leise Pfad der Diplomatie

(Fortsetzung von Seite 2)

gang in jedem Falle herbeigeführt werden muß, selbst wenn die gemeinsame Lösung der verbundenen Probleme erschwert oder auf unberechenbare Zeit verzögert werden sollte.

Wer an diesem Zusammenhang der Probleme rüttelt, der versündigt sich an der Einheit, Freiheit und Sicherheit des Westens — der gibt für eine Entspannungs-Illusion leichtfertig die große Chance hin, mit der Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zugleich auch den großen Spannungs-Akt der deutschen Wiedervereinigung herbeizuführen.

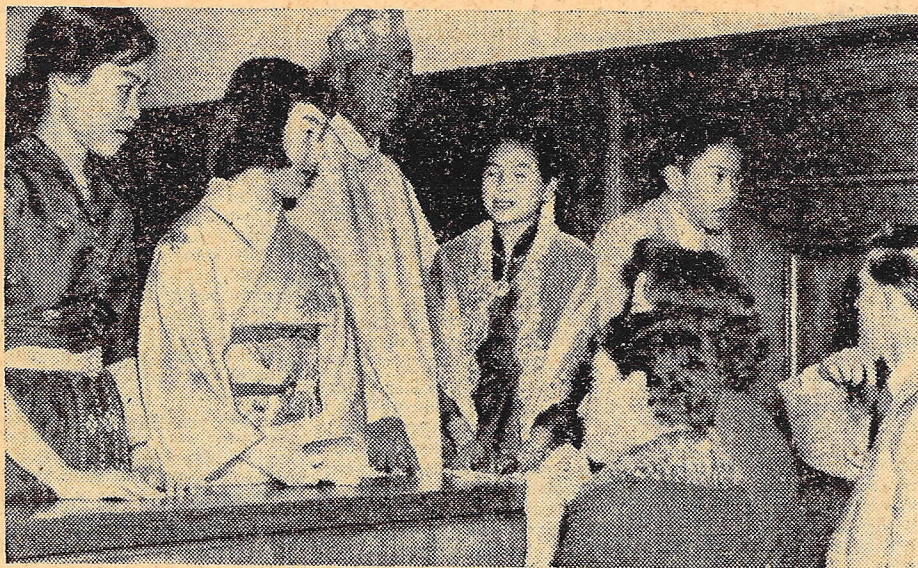
Sorin und Haas

Wir kommen diesem Ziel nicht dadurch näher, daß die Pläne-macher und Rezeptkundigen, die schon einige Dutzend Wiedervereinigungspläne entworfen haben, noch ein weiteres Dutzend hinzufügen. Wenn wir weiterkommen wollen, dann kann das nicht auf diesem Wege und

nicht auf öffentlichen Konferenzen und am allerwenigsten in den schon schadhafte gewordenen alten Gleisen der Polemik zwischen Regierung und Opposition gelingen. Alle guten Regelungen der internationalen Politik hatten bisher ihren Ursprung nicht am grünen Tisch einer mehr oder weniger öffentlichen Konferenz, sondern im geheimen diplomatischen Gespräch, das Vertrauen schafft und dann auf der Grundlage des Vertrauens Schritt für Schritt in geduldiger Mühe Wege sucht und gangbar macht. Das ist übrigens die einzige Methode, die noch nicht mit wirklich äußerstem Einsatz versucht worden ist.

In den nächsten Wochen und Monaten wird manches geschehen, was vielleicht (vielleicht!) geeignet ist, die internationale Politik aus ihrer Verkrampfung zu lösen und wieder auf den leisen Pfad echter Diplomatie zu führen. Der sowjetische Besuch in London, der französische in Moskau (der

hoffentlich den Weg des Westens nicht noch weiter erschwert) und andere wichtige Begegnungen und Besprechungen zwischen den verantwortlichen Staatsmännern können eine zuverlässige Bestandsaufnahme der im Vier-Mächte-Bereich bestehenden Auffassungen, Möglichkeiten und — „Preiskalkulationen“ ergeben, von denen bisher am wenigsten gesprochen worden ist, obwohl sie für eine Lösung sehr wichtig sind. Das ist dann, wenn in Bonn eine vollkommene Übersicht über diese Bestandsaufnahme möglich geworden ist, auch für die deutsche Politik der Augenblick, sich diplomatisch in die Entwicklung einzuschalten. Sie wird sich dann daran erinnern müssen, daß ein gewisser Valerian A. Sorin in Bonn und ein gewisser Dr. Haas in Moskau amtiert. Die beiden sind schließlich nicht nur zu dem Zwecke dort, um der Tatsache diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland einen formalen Ausdruck zu geben. Beide müssen vielmehr sinnvoll beschäftigt werden.



BILDER DER WOCHE. 30 Schülerinnen und Schüler aus 30 Nationen besuchten Berlin. Unser Bild zeigt die ausländischen Gäste als Teilnehmer bei einem Berliner Schülerparlament (oben). — Bild unten: Erstmals Deutsche bei einer NATO-Parade. General Gale nahm in Düsseldorf den Vorbeimarsch des Andernacher Musikkorps ab.

